1. Änderungssatzung zur Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung vom 28.11.2012 - Abfallgebührensatzung - vom 27.11.2013

Präambel

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree hat am 27.11.2013 aufgrund des § 9 des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes, § 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg in der jeweils gültigen Fassung sowie der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung - die folgende 1. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung beschlossen.

Artikel 1

Die Abfallgebührensatzung wird wie folgt geändert:

1. § 5 Gebührensatz erhält folgende neue Fassung:

(1) Die Festgebühr für ein Wohngrundstück, das an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossen ist, beträgt 2,10 Euro/Person und Monat.

(2) Die Festgebühr für ein Erholungsgrundstück, das an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossen ist, beträgt 1,05 Euro/Grundstück und Monat.

(3) Die Festgebühr für ein Gartengrundstück, das an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossen ist, beträgt 0,63 Euro/Grundstück und Monat.

(4) Die Festgebühr für ein Gewerbegrundstück, das an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossen ist, gliedert sich in eine Basisgebühr und eine Behältergebühr.

a) Die Basisgebühr beträgt 2,98 Euro/Gewerbeeinheit und Monat.

b) Die Behältergebühr beträgt

- bei Nutzung eines 120-Liter-Abfallbehälters 1,07 Euro/Behälter und Monat
- bei Nutzung eines 240-Liter-Abfallbehälters 2,20 Euro/Behälter und Monat
- bei Nutzung eines 1.100-Liter-Abfallbehälters 10,36 Euro/Behälter und Monat
- bei Nutzung eines Pressmüllcontainers 9,42 Euro/1.000 Liter
Containervolumen und Monat.

Bei genehmigter Nutzung eines Abfallsackes oder bei Anschluss an eine Abfallgemeinschaft entfällt die Behältergebühr.

(5) Die Regelleerungsgebühr für einen zur Leerung bereitgestellten Abfallbehälter, der mit gemischten Siedlungsabfällen gefüllt ist, beträgt in Abhängigkeit vom Fassungsvermögen

a) für einen 120-Liter-Abfallbehälter 3,13 Euro/Leerung bei 4-wöchentlicher Leerung

b) für einen 240-Liter-Abfallbehälter 6,26 Euro/Leerung bei 4-wöchentlicher Leerung

- c) für einen 1.100-Liter-Abfallbehälter 26,62 Euro/Leerung bei wöchentlicher Leerung
- d) für einen 90-Liter-Abfallsack 2,90 Euro/Stück

(6) Für 1.100-Liter-Abfallbehälter kann im Rahmen der Regelentsorgung der Leerungsrhythmus auf schriftlichen Antrag verlängert werden. Damit reduziert sich die Leerungsgebühr wie folgt:

- e) 25,29 Euro/Leerung bei 2-wöchentlicher Leerung
- f) 23,96 Euro/Leerung bei 4-wöchentlicher Leerung

(7) Die Sonderleerungsgebühr für einen außerhalb der Regelentsorgung zur Leerung bereitgestellten Abfallbehälter, der mit gemischten Siedlungsabfällen gefüllt ist, beträgt in Abhängigkeit vom Fassungsvermögen

- g) für einen 120-Liter-Abfallbehälter 4,70 Euro/Leerung
- h) für einen 240-Liter-Abfallbehälter 7,90 Euro/Leerung
- i) für einen 1.100-Liter-Abfallbehälter 33,00 Euro/Leerung

(8) Die Abfuhrgebühr für die haushaltsnahe Entsorgung von Metallen beträgt 3,00 Euro/km.

(9) Die Holgebühr für einen Abfallbehälter beträgt in Abhängigkeit vom Fassungsvermögen

- a) für Abfallbehälter bis 240 Liter 2,10 Euro/Monat bei 4-wöchentlicher Leerung
- b) für einen 1.100-Liter-Abfallbehälter 16,81 Euro/Monat bei wöchentlicher Leerung.

Werden Abholungen für Sonderleerungen beantragt, vervielfacht sich die Holgebühr entsprechend.

Bei Verlängerung des Leerungsrhythmus für einen 1.100-Liter-Abfallbehälter halbiert sich die Holgebühr bzw. wird geviertelt.

(10) Die Servicegebühr für eine Zusatzentsorgung beträgt in Abhängigkeit vom Fassungsvermögen

- a) für einen 120-Liter-Abfallbehälter 11,24 Euro
- b) für einen 240-Liter-Abfallbehälter 14,08 Euro
- c) für einen 1.100-Liter-Abfallbehälter 37,00 Euro

(11) Die Leistungsgebühr beträgt

- a) für einen zur Entsorgung bereitgestellten zugelassenen 70 -Liter-Grünabfallsack 1,70 €/Stück.
- b) für die Entsorgung eines Bündels mit einer zugelassenen Banderole 2,00 €/Stück.

2. § 7 Absatz 2 erhält in der Aufzählung einen neuen Absatz h mit der Formulierung: „Es besteht die Möglichkeit, die fälligen Gebühren vom KWU-Entsorgung per SEPA-Lastschrift einziehen zu lassen. Dazu ist schriftlich ein entsprechendes Mandat zu erteilen. Wenn dem KWU-Entsorgung ein SEPA-Lastschriftmandat vorliegt, wird

spätestens sieben Tage vor dem Einzug der fälligen Gebühren über den Betrag und das Datum des Einzugs informiert. Dies erfolgt in der Regel über die Gebührenbescheide.“

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt zum 01.01.2014 in Kraft.

Beeskow, den

M. Zalenga
Landrat